

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 1, — Mk. (Sonntags 1,50 Mk.)

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 20.— Mk., vierteljährlich 60.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreise: Die Doppelseite 5.— Mk., von auswärts 7.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bef. Tarif, die Doppelseite 15.— Mk., von auswärts 20.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3280.

Nr. 133

Freitag, den 9. Juni 1922

13. Jahrgang

Krise in Deutsch-Österreich.

Aus Wien wird gemeldet: An der Börse machte die Entwertung der österreichischen Krone weitere geradezu katastrophale Fortschritte. Die fremden Zahlungsmittel wurden von Industrie und Handel zu Deckungszwecken in stürmischer Weise begehrt und schnellsten, da die Großbanken die Ausgabe von fremden Valuten zeitweise ganz verweigerten und diese nur in spärlicher Weise vornehmen, zu noch nicht dagewesener Höhe empor. Es herrscht in hiesigen kaufmännischen Kreisen und im großen Publikum eine äußerst depressive Stimmung, da sich die Ansicht immer mehr verbreitet, daß die Aussichten auf eine Kredithilfe auch jetzt noch nicht günstiger geworden sind. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung hielt Bundeskanzler Seipel eine Rede, in der er erklärte, daß eine Besserung der Situation ohne äußere Hilfe nicht möglich sei. Er sagte, die Regierung habe sofort alles aufgewendet, um sich Klarheit über die Ursachen der neuerlichen Valutenhäufung zu verschaffen, und sie habe die Frage gründlich erwogen, welche Gegenmaßnahmen etwa getroffen werden könnten. Die Grundursache der ungünstigen Entwicklung der Kurse sei zweifellos darin zu sehen, daß die seit langer Zeit eingeleiteten Verhandlungen über eine ausreichende Kredithilfe seitens des Auslandes noch immer nicht zu dem erwarteten Ergebnis geführt hätten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Nationalrates entwickelte Bundesminister für soziale Verwaltung Schmitz das im gestrigen Ministerrat genehmigte Programm, betreffend Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Diese Maßnahmen beziehen sich auf die Verwendung von Arbeitslosen in der Landwirtschaft. Der Minister verwies ferner auf das von der Regierung ausgearbeitete Bau- und Investitionsprogramm mit einem Kostenaufwand von 55 Milliarden und auf andere Pläne zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für die Arbeitslosen und betonte, das Programm sei getragen von dem Gedanken, daß Arbeit besser sei als Geld. Schließlich stellte der Minister fest, daß die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen seit Ende April 1922 um 44 000 auf 30 000 gesunken sei, doch sei diese Zahl noch immer viermal so groß als die im Monat Mai des Vorjahres.

Die Lenzung ist in den letzten Tagen wieder gewaltig gestiegen. Der Preis für ein Zweipfundsbrot stieg von 960 auf 1400 Kronen, das Rindfleisch um abermals 1000 Kronen, auf über 7000 Kr. Die Arbeitslosenunterstützung wurde der Lenzung wegen von täglich 940 auf 2400 Kronen erhöht.

In dieser verwinkelten Lage hat die stärkste Partei Deutsch-Österreichs, die Christlich-Soziale, überraschenderweise heute im Nationalrat den Antrag eingebracht, eine Verfassungsänderung vorzunehmen, nach der die Wahl des Bundespräsidenten durch allgemeine Volksabstimmung statt wie bisher durch das Parlament erfolgen soll. Der Bundespräsident soll dann die Regierung, die bisher gleichfalls vom Parlament gewählt wurde, einfach ernennen. Der Antrag wird damit begründet, daß möglicherweise durch außerparlamentarische Vorgänge die Tätigkeit des Nationalrates vorübergehend aufgehoben werden könnte und damit die Bildung einer legalen Regierung auf Grund der bisherigen verfassungsmäßigen Bestimmung unmöglich gemacht werde. Bei der Annahme dieses Antrages würde der gegenwärtige Bundespräsident Dr. Hainisch bestimmt zurücktreten. Die Sozialdemokraten und die Großdeutsche Partei werden dem christlich-sozialen Antrag selbstverständlich entschieden Widerstand entgegenzusetzen.

Das große Elend in Deutsch-Österreich rührt davon her, daß die Entente ihm den Anschluß an Deutschland verbietet. Für sich allein ist Deutsch-Österreich ein lebensunfähiges Gebilde. Die Kredite der Entente lassen schon seit Jahren auf sich warten. Es ist daher zu verstehen, daß in Österreich der Anschlußgedanke, für den besonders die Sozialdemokratie eintritt, in der letzten Zeit wieder stark an Boden gewinnt. Bisher hat besonders Frankreich den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland hintertrieben, weil es davon eine militärische Erstarkung Deutschlands befürchtete, diese Furcht ist töricht, da weder die deutsche noch die österreicherische Sozialdemokratie von einem neu-

deutschen Militarismus und einem Revanchekrieg etwas wissen wollen. Die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem deutschen Vaterlande muß aber kommen, weil sie eine Lebensnotwendigkeit für den deutschen Stamm an der Donau ist.

Die Reichsregierung gegen den Hindenburg-rummel.

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung über die Maßnahmen zu den Hindenburg-Veranstaltungen in Ostpreußen beraten. Es wurde beschlossen, mit Rücksicht auf die außenpolitischen Wirkungen die offizielle und inoffizielle Beteiligung von Reichswehr und Marine zu verbieten. Damit entfällt nach der Verordnung des Reichspräsidenten für die zum Tragen der Uniform berechtigten ehemaligen Offiziere der bewaffneten Macht die vom Wehrkreiskommando für den 10. und 11. Juni erlassene Erlaubnis zum Tragen der Uniform an diesen Tagen. Dieser Beschluß wurde, wie schon ausdrücklich betont, lediglich wegen der außenpolitischen Wirkung der Veranstaltungen gefaßt und soll keine persönliche Spitze gegen Hindenburg sein.

Das Königsberger Gewerkschaftskartell ruft für den nächsten Sonntag zu einer Demonstration gegen die für diesen Tag aus Anlaß der Anwesenheit Hindenburgs geplanten Kriegervereinsparaden auf.

Amerikas Pazifismus.

Eine Rede Childs.

Bei Gelegenheit der Einweihung des erweiterten Hafens von Palermo hielt der amerikanische Vorkämpfer in Rom, Childs, in Anwesenheit des Königs eine Rede, in der er u. a. sagte:

Worte werden die Welt nicht zu gesunden Zuständen zurückführen. Wir müssen uns auf die Verwirklichung und Vervollkommen durch die Völker verlassen, die gemeinsam nach Frieden, Abrüstung und ausgleichenden freundschaftlichen Beziehungen verlangen, die ihren Ausdruck in gemeinsam unternommener Arbeit finden. Es ist oft gesagt worden, daß Amerika sich nicht von Europa abschließen kann, aber Amerika kann und will abgeschlossen bleiben von den zerstörerischen Mächten, wo sie auch immer auftreten und unter welcher politischen Maske sie erscheinen mögen. Diese Art der Isolierung ist nicht nur für Amerika gut. Lassen Sie mich daran erinnern, daß, wenn Amerika der Welt etwas zu bieten hat, das Beste, was ihm zur Verfügung steht, die Macht ist, die gegen zerstörerische Kräfte gebraucht werden kann. Und die Macht muß unverfehrt erhalten werden, um die wahre aufbauende Tätigkeit der Menschheit zu unterstützen. Diese aufbauende Tätigkeit der Welt kann in freundschaftlichen Abmachungen von Nation zu Nation zum Ausdruck kommen, aber sie muß über geschriebene Verträge hinausgehoben werden.

Childs spielte mit folgenden Worten auch auf die Verhandlungen des internationalen Anleiheauslasses an: Regierungen und Banken mögen Verhandlungen führen. Aber wie die Dinge heute liegen, muß in jedem Lande der Welt, das in einem anderen Lande Kapital anlegt, das Volk, der einzelne bereit sein, ausländische Papiere zu kaufen. Die Frage ist heute weniger eine staatsmännische. Die Frage ist vielmehr, wie die Kapitalbesitzer zu gewinnen und zu überzeugen sind. Es ist nicht allein erforderlich, daß führende Persönlichkeiten über die Verwirklichung internationaler Zusammenarbeit verhandeln, es ist auch nötig, daß das Volk in einem Staate an die Redlichkeit einer anderen Nation und an ihren Fleiß glaubt, wenn es die von ausländischen Regierungen oder ausländischen Unternehmungen angebotenen Schuldverschreibungen kaufen soll.

Amerika gegen Frankreichs Starrsinn.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ hat in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission, in der die Antwort an den Anleiheauschuß beschlossen wurde, der nicht mit abstimme amerikanische Vertreter Boyden sich an der Diskussion beteiligt, indem er eine kurze Erklärung des Inhalts abgab, daß das amerikanische Publikum es ungern sehen würde, wenn der Anleiheauschuß bei der Prüfung der Reparationsfrage, wie er sie für nötig hält, in irgendeiner Weise behindert werde. Diese Erklärung scheint auf alle Kommissionsmitglieder Eindruck gemacht zu haben.

Kautsky zur Einigung.

In Breitscheldts Zeitschrift „Der Sozialist“ veröffentlicht Karl Kautsky einen längeren Aufsatz zur Einigungsfrage der USP. mit der SPD., in dem er seinen Parteigenossen, die absolut den eigenen Vaden halten wollen, bittere Pillen zu schlucken gibt. Kautsky sagt, daß die Spaltung schon zu lange das Proletariat gelähmt habe. „Die Einigung muß unser Panzer sein, für sie muß der Kampf entbrennen. Nicht etwa für oder gegen Koalitionspolitik oder für oder gegen das Steuerkompromiß. Es gilt vielmehr zu zeigen, daß die Einigung über diesen Fragen steht, daß keine von ihnen so wichtig ist wie die Einigung, daß Meinungsverschiedenheiten über sie die Einigung nicht hindern dürfen. Wer die Einigung der beiden Parteien hinauschiebt bis alle Meinungsverschiedenheiten solcher Art zwischen ihnen verschwunden sind, der will sie für immer unmöglich machen. Und wir dürfen mit der Einigung nicht länger zögern.“

Dabei brauche niemand seine besonderen Ansichten über diese oder jene Frage zu ändern. Kautsky selber würde seine Anschauungen über Kriegskredite und Moskau nicht ändern. Aber die historischen Dinge hätten für die Gegenwart keine Bedeutung mehr. „Wenn wir jetzt die Einigung für Deutschland fordern, so fordern wir nur, daß das deutsche Parteileben wieder die Formen annimmt, die Marx überall für den Sieg des Proletariats heilte und die sich allenthalben bereits durchgesetzt haben und die Kraft der sozialistischen Bewegungen bilden, auch bei jenen Parteien, die der USP. am nächsten stehen. In den Parteien der Wiener Arbeitervereinsvereine arbeiten „Reformisten“ und „Revolutionäre“ zusammen — wenn man diese Bezeichnungen noch weiter gebrauchen will, die mir seit der Revolution überholt erscheinen. In Österreich arbeiten Renner und Ellenbogen in der gleichen Partei mit Fritz Adler und Otto Bauer, in der Schweiz Grimm und Greulich, in Frankreich Longuet und Renaudel. Und in Italien finden wir desgleichen Turati und Serrati in der gleichen Partei. Wir verlangen nichts, als was dort bereits vorhanden ist. Dieselben Gegensätze, die bei uns bestehen, finden sich auch in jenen Ländern. Aber zum Unterschied von uns führen sie dort nicht zur Bildung getrennter Organisationen, sondern werden innerhalb der gleichen Organisation ausgefochten.“

Zum Schluß resümiert dann Kautsky: „Es sind dieselben Proletarier bei der SPD. wie bei uns; sie leben in derselben Klassenlage, haben dieselben Interessen, die gleichen Gegner. Wer von uns daran zweifelt, sie bei voller Freiheit der Propaganda für seine Anschauungen zu gewinnen, bekundet damit im Grunde nur einen Zweifel an der Güte seiner Sache oder an den Fähigkeiten seiner Person.“

Einzelne mögen ihren persönlichen Einfluß durch die Einigung verlieren. Die große gemeinsame Sache der Befreiung des Proletariats kann dadurch nur gewinnen. Gelingt es uns, mit der Parole der sofortigen Einigung Eindruck auf größere Teile der USP. zu erzielen, dann haben wir praktisch Wichtiges geleistet. Gelingt es uns nicht, dann ist wenigstens für mich die Konsequenz klar gegeben.

Für mich steht es fest: Die große Mehrheit der Mitglieder der USP. stellt wohl einen höchst wertvollen Teil der Gesamtarmee des deutschen Proletariats dar. Sie hat sich um dessen Befreiungskampf wohl verdient gemacht. Aber die Zeit ist vorbei, wo sie in dem Zustand der Abspaltung von der Gesamtpartei noch nützlich wirken könnte. Ihre isolierte Existenz kann unserer großen Sache nur noch schaden, nichts mehr nützen.“

Deutschlands Einnahmen und Schuldenlast.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht eine Zusammenstellung der steuerlichen Einnahmen des Reiches im ersten Monat des Finanzjahres April 1922 bis März 1923. Danach betragen die fortdauernden Besitz- und Verkehrssteuern insgesamt 8 792 305 822 Mk., die Einkommensteuern 1 306 677 178 Mk., das Einkommen der Zölle und Verbrauchssteuern beträgt 3 373 747 721, die sonstigen Abgaben befreiten sich auf 887 815 091 Mark, die Gesamtsumme der steuerlichen Einnahmen hat die Höhe von 13 193 125 812 Mark. Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung hat 1 327 176 589 Mk., die Verwaltung der deutschen Reichsbahnen 8 997 291 000 Mk. vereinnahmt. Der Stand der schwebenden Schuld wird am 31. Mai 1922 mit 299 804 Milliarden Mark ausgewiesen.

Beilage der Danziger Volksstimme

Mr. 133

Freitag, den 9. Juni 1922

13. Jahrgang

Der beschlußfähige Volkstag.

Nach zehntägigen Sitzungsferien trat der Volkstag gestern nachmittag wieder zusammen. Der Beginn der Sitzung verzögerte sich. Erst um 1/4 12 Uhr konnte Präsident Dr. Boening die Sitzung eröffnen. Zunächst wurde eine Reihe von Eingaben nach den Vorschlägen der Ausschüsse verabschiedet.

Eingabe des Seefahrers Riß aus Poppo

wegen Annahmerückung seiner mehrjährigen Buchhändlerstrafe war vom Rechtsausschuß zurückgewiesen worden. Der Ausschuß empfahl der Vollversammlung, diesem Beschluß beizutreten.

Abg. Wittmer (U. S. P.) hat, die Eingabe noch einmal an den Rechtsausschuß zurückgegeben. Riß, der wegen eines Seelenmittels in Poppo zu mehrjähriger Buchhändlerstrafe verurteilt worden ist, hat wiederholt gebeten, seine Tat als eine politische anzusehen, die dann unter die Amnestie fallen würde. Der Senat habe nur 1 Jahr der Strafe erlassen. Der Rechtsausschuß solle sich noch einmal mit der Angelegenheit beschäftigen und sie aus der Welt schaffen.

Abg. Dr. Neumann (Dt. P.) entgegnete, daß die Tat kein politisches Verbrechen sei und deshalb könne auch nicht amnestiert werden. Er empfahl die Zurückweisung der Eingabe.

Abg. Nahn (A.) trat für nochmalige Ausschußberatung der Eingabe ein. Wenn der Rechtsausschuß auch früher eine Annahmerückung abgelehnt habe, so kann er bei nochmaliger Prüfung der Sache jetzt zu der Überzeugung kommen, daß doch ein politisches Verbrechen vorliegt. Zu berücksichtigen sei auch, daß die Familie des R. sich in größter Not befindet.

Der Antrag auf nochmalige Ausschußberatung der Eingabe wurde vom Bürgerblock abgelehnt, der dann auch beschloß, die Eingabe des R. zurückzuweisen.

In einer Eingabe der Arbeitslosen

wurde Erhöhung der Bezüge und einmalige Feuerungsbeihilfen verlangt. Der Soziale Ausschuß hat beschlossen, diese Eingabe dem Senat zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Gen. Kłobowski trat dafür ein, daß die Eingabe dem Senat zur Verurteilung übergeben wird. Die Arbeitslosen erhalten pro Tag 18 Mark und geringe Familienzulagen. Die in der Eingabe geforderte 50prozentige Erhöhung der Unterstützungssätze und die einmalige Feuerungszulage könnten unbedenklich gewährt werden, da die Zahl der Arbeitslosen stark gestiegen sei. Die Erwerbslosen leiden besonders stark unter der Teuerung. Nebenrichtete einen Appell an das soziale Gewissen der Abgeordneten und bat, die ungeheure Notlage zu lindern.

Der Antrag Kłobowski auf Berücksichtigung der Eingabe, wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt, auch die Zentrumsarbeiter stimmten für Ablehnung des Antrages. Der Antrag des Ausschusses, die Eingabe dem Senat zur Erwägung zu überweisen, wurde angenommen.

Der Gesetzentwurf betr. Abänderung des Gewerbesteuergesetzes und des Kaufmannsgerichtsgesetzes wurde ohne Aussprache dem Rechtsausschuß überwiesen.

Alsdann fand der Gesetzentwurf betr. Ermächtigung des Senats zur Feststellung der Bedienung des Kriegszustandes zur Beratung.

Abg. Nahn (A.) erklärte, daß die kommunistische Fraktion diesen Gesetzentwurf ablehnen werde. Sie könne dem Senat kein Verordnungsrecht zubilligen. Redner beantragte, zur Klärung verschiedener Fragen, die Rückverweisung der Vorlage an den Ausschuß. Der Antrag wurde abgelehnt und das Gesetz in 8. Lesung verabschiedet.

Nunmehr beschäftigte sich das Haus mit dem Gesetzentwurf betr. Ausführung des Artikels 170 des Danzig-polnischen Abkommens vom 24. Oktober 1921 (Flaggenrecht der Schiffe).

Abg. Dr. Ponecki (Pole) hatte Bedenken gegen den § 2 der Vorlage, der dem Senat das Recht gibt, Entschädigungen des Registrierungsgerichts über Registrierung von Schiffen, welche die Danziger Flagge führen dürfen, abzuändern. Dadurch werde die Pariser Konvention zwischen Danzig und Polen übergangen.

Abg. Gen. Müller wandte sich ebenfalls gegen diese Bestimmung, die mit dem Zweck der Vorlage nichts zu tun habe. Früher habe das Registrierungsgericht endgültig über das Flaggenrecht entschieden. Wenn jetzt der Senat, eine Verwaltungsbehörde, Entscheidungen des Registrierungsgerichts umwerfen kann, so ist das ein Eingriff in die Rechtspflege. Die Sozialdemokratische Fraktion werde deshalb gegen den § 2 stimmen.

Senator Dr. Frank erwiderte, daß der § 2 nur Anwendung finden solle, wenn die Entscheidung des Registrierungsgerichts in Widerspruch mit der Danzig-polnischen Konvention stehe. Um evtl. Einsprüche der polnischen Regierung vorzubeugen, will der Senat das Recht haben, Entscheidungen, die im Gegensatz zur Konvention stehen, abzuändern.

Abg. Gen. Müller erklärte, daß man in solchen Fällen erst den Einspruch Polens abwarten solle. Es ist in einem Rechtsstaate ein Unbegriff, daß eine richterliche Entscheidung von Amts wegen abgeändert werden kann.

Das Gesetz wurde unverändert in dritter Lesung beschlossen.

Der Gesetzentwurf über die

Errichtung eines Amtsgerichts in Neuteich

wurde ohne Aussprache in dritter Lesung mit 59 gegen 26 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. Bei der Abstimmung über die Entschädigung des Rechtsausschusses, nach der der Senat die Zuteilung der Orte der Neuerung hinsichtlich der Wechsel zum Amtsgerichtsbezirk Kiegnos in Erwägung ziehen soll, war das Ergebnis zweifelhaft. Die Abstimmung mußte deshalb durch Sammelstimmung wiederholt werden. Die Auszählung ergab die Beschlußfähigkeit des Hauses, da nur 59 Stimmen abgegeben wurden. Die Linke hatte sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Der amtierende Präsident Dr. Boening vertagte, zum Vergleich der Rechte, die sich wahrscheinlich auf eine Dauerstellung vor-

bereitet hatte, um 1/2 12 Uhr die Sitzung auf Freitag nachmittag 8 Uhr. Auf der Tagesordnung der vertagten Sitzung standen noch die Wohnungszulage, die Landwirtschaftskammer und die Umsch. und Zugssteuer.

Danziger Nachrichten.

Die Bauarbeiter im Streik!

In der am gestrigen Tage stattgefundenen Versammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes im Café Derra, die des starken Besuches wegen im Garten abgehalten werden mußte, sprach Genosse Brill über die vom Arbeitgeberverband auf Befehl des Senats erfolgte Ablehnung des Schiedsspruches. Der Redner gab noch einmal einen Überblick über die Verhandlungen mit den Unternehmern und vor dem Tarifamt. Die Vertreter der Unternehmer haben heftig und mutig gekämpft. Für sie war die Hauptsache, soweit wie möglich die Forderungen zum Tarifvertrage abzuwehren und man merkte es ihnen nach Fällung des Schiedsspruches zum Tarifvertrage an, daß sie befriedigt waren und nun Ruhe und Frieden im Baugewerbe erhalten bleiben würden. Als dann am nächsten Tage über die Höhe verhandelt wurde, war von den Arbeitnehmern die alte Forderung gestellt, die schon vor einem Jahr erhoben wurde, daß die Danziger Bauarbeiter mit den Löhnen der Städte im Reich gleichgestellt werden, mit denen sie früher in gleicher Lohnhöhe gestanden haben. Die Forderung war also nicht neu. Die Unternehmer haben diese Forderung im vorigen Jahr auch bereits im Prinzip anerkannt und immer mit der Begründung abgelehnt, daß sie sich nicht mit einem Male durchzuführen, sondern müsse langsam geschehen. Der Verband hatte dem unparteilichen Vorsitzenden des Tarifamtes eine Aufstellung derjenigen Städte, mit denen Danzig früher gleichstand, mit den dort zuletzt gezahlten Löhnen überreicht. Als der Vorsitzende die Vertreter der Unternehmer befragte, ob sie die Möglichkeit der Aufstellung in allen Angaben anerkennen, bejahten die Unternehmer die Fragen. Auch der dort festgestellte Durchschnittslohn wurde von den Unternehmern anerkannt. Es galt nun zunächst, die Spanne zwischen den diesen und den festgestellten Durchschnittslöhnen im Reich durch eine Lohnerhöhung auszugleichen. Dann mußte die Zulage für Juni erfolgen und dazu hatte der Bauarbeiterverband ein Schreiben seines Verbandsvorstandes über die neu vereinbarten Löhne für Juni in Deutschland dem Tarifamt bekanntgegeben. Ueber die Höhe dieser Zulage wurde beim Tarifamt heftig gestritten. Der Vorschlag des Unparteilichen auf 50prozentige Lohnerhöhung wurde schließlich festgelegt und ohne jeden Widerspruch zuerst von den Unternehmervertretern J. J. Mebert und v. Brzezinski und dann erst von den Arbeitervertretern unterschrieben.

Nach Bekanntgabe dieses Spruches dankte der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, Herr Eichholtz, noch dem Vorsitzenden des Tarifamtes für seine Arbeit und Mithewaltung und sprach die Hoffnung aus, daß die Arbeiter den Spruch anerkennen möchten und dadurch der Frieden im Baugewerbe gesichert sei.

Durch alles dieses mußte man annehmen, daß der Spruch von den Unternehmern angenommen werden würde. Andernfalls wäre die Haltung der Unternehmer vor dem Tarifamt nur Komödie gewesen. Die Unternehmer des Baugewerbes, darüber besteht kein Zweifel, hätten den Schiedsspruch angenommen, wenn nicht einige Großindustrielle und der Senat die Ablehnung gefordert hätten. In drei Versammlungen beschäftigten sich die Unternehmer mit dem Schiedsspruch und kamen erst dann zu der Ablehnung, als ihnen von den Großindustriellen und dem Senat Hilfe in diesem Kampfe zugesagt wurde. Man will, um die Forderung der Bauarbeiter abzuwehren, andere Betriebe ausperren, um dadurch die Bauarbeiter in die Knie zu zwingen, als ob sich dadurch die Bauarbeiter einschüchtern ließen. Zum ersten Male im gewerkschaftlichen Leben fordert die Regierung eine Partei auf, den Schiedsspruch nicht anzuerkennen, das charakterisiert diese von selbst. Man erklärt, wenn Arbeiter den deutschen Lohn bekommen, dann wollen alle anderen Arbeiter ebenfalls den deutschen Lohn haben. Diese dreimal geheiligten „deutschen“ Männer fürchten sich also in Danzig deutsche Kultur einzuführen. Aber nicht nur die Handarbeiter, sondern auch die Beamten und Angestellten würden dann Lohnaufbesserungen verlangen und das könnte die freie Stadt Danzig nicht ertragen. Da die Beamten und staatlichen Angestellten aber schon längst deutsche Gehälter bekommen, würden sie auf Grund der Bauarbeiterlohnaufbesserung keine Lohnzulage fordern.

Im Steuerausschuß des Volkstages erklären die Vertreter des Senats, kamen von den Arbeitervertretern gegen die hohen Steuern protestiert wird: Die Steuern brauchen wir, zur Lohnaufbesserung haben Sie ja die Gewerkschaften. Nun, wo eine Gewerkschaft höhere Löhne durchsetzt, kommt die gleiche Regierung her und verbietet den Unternehmern, die Lohnerhöhung zu zahlen. Es gibt für die Bauarbeiter zwei Wege, um aus dieser Situation herauszukommen und zwar: erstens, daß noch einmal verhandelt wird — als der Redner dieses erwähnt, wird er durch starke Zwischenrufe unterbrochen — oder der Streik. Dieser ist hart und bitter. Sollte er beschlossen werden, so müssen sich die Bauarbeiter auf einen langen Kampf einrichten, ja, vielleicht, daß er in diesem Jahr überhaupt nicht beendet wird. Darum werden die Maurer Danzig verlassen müssen und in Deutschland Arbeit aufnehmen, wo Zehntausende Maurer und Zimmerleute gebraucht werden und die dortigen Unternehmer sich freuen, Maurer zu bekommen. Sollte der Streik beschlossen werden, dann müsse er sofort beginnen, damit Herr Nos und andere ihre Betriebe bald schließen können.

In der Aussprache betonte ein Kollege aus Pommern, daß sich die Danziger Kapitalisten täuschen, wenn sie glauben, daß die pommerschen Arbeiter ihren Danziger Kollegen in den Rücken fallen werden. Sind die Arbeiter auch

durch Grenzspalte getrennt, so werden sie sich unterstützen, denn der Sieg der Danziger Kollegen ist auch der Sieg der pommerschen.

In der Abstimmung wurden 1688 Stimmgelbe abgegeben. Es stimmten 1684 für den sofortigen Streik, 28 dagegen, 6 Gelbe waren unglücklich und 4 Mitglieder enthielten sich der Stimme.

Nach Bekanntgabe dieses Stimmenergebnisses erklärte Brill, daß von morgen, Freitag, früh die Arbeit auf allen Hochbauten im Vorgebiete Danzig-Stadt eingestellt wird und sich die Streikenden in den Bezirkslokalen zur Kontrolle anmelden haben. Die Bauarbeiter haben die Pflicht, den ihnen aufzuerlegenden Kampf nun mit allen zu Gebote stehenden Mitteln siegreich durchzuführen.

Die gleichfalls in Poppo und Oltva stattgefundenen Versammlungen des Deutschen Bauarbeiterverbandes haben ebenso einstimmig wie in Danzig, den Streik beschlossen. Seit heute früh ruht demzufolge im gesamten Baugewerbe die Arbeit.

Wie die „Danziger Zeitung“ erfahren haben will, soll Aussicht auf Aufnahme von Verhandlungen bestehen. Man rechnet nach dieser Quelle sogar damit, daß die Verhandlungen zu einer baldigen friedlichen Lösung führen. Den am Streik beteiligten freien Gewerkschaften ist bis zur Stunde über irgenwelche Verhandlungsabsichten nichts mitgeteilt.

Die Reinigung der Großen Allee soll in Zukunft durch die Stadt erfolgen. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme hat sich besonders im letzten Winter gezeigt, wo die Befestigung von Schnee vollkommen versagte. Der Senat beauftragt bei der Stadiverordnetenversammlung diesem Plan auszustimmen und zur einmaligen Beschaffung von Reinigungsgeräten 10 000 Mark zu bewilligen.

Die Entlohnung der Lehrlinge.

In normalen Zeiten gab es über die Entschädigung der Handwerkslehrlinge keinen Streit. Entweder zahlten die Eltern der Lehrlinge ein Lehrgeld von etwa 200 bis 300 Mk., wofür dann der Lehrling vom Meister in Kost und Logis genommen wurde, oder der Lehrling bekam eine geringe, für die gesamte Dauer der Lehrzeit einheitlich bemessene nach den einzelnen Lehrjahren abgestufte Entschädigung als Kostgeld. Infolge der Kriegsumwälzungen wurde das Kost- und Logiswesen von den Meistern zum größten Teil ausgegeben und statt dessen allgemein eine geringe Entschädigung von den verschiedenen Innungen festgesetzt. Meist mußten die Frauen der im Felde stehenden Väter während der Kriegszeit die Lehrverträge abschließen, wobei hinsichtlich der Entschädigung die Lehrmeister ihre Interessen nur zu gut zu wahren wußten.

So bildeten sich infolge der zunehmenden Geldentwertung schreckliche Mißstände heraus, da die biederen Handwerksmeister auf ihren Schein bestanden und keinen Pfennig mehr zahlen wollten, als bei Abschluß des Lehrvertrages unter ganz anderen Geldverhältnissen vereinbart war. Die Gewerkschaften mußten sich mehr als bisher ins Mittel legen und dafür sorgen, daß die Entschädigung etwas erhöht wurde. Nirgends aber sind die oft nur Lehrlinge haltenden Handwerksmeister empfindlicher als in diesem Punkte. Sie müssen, daß, wenn erst einmal die Gewerkschaften dahinter stehen, die Lehrlingsentschädigung der steigenden Teuerung folgen und gleich den Gehaltslöhnen von Zeit zu Zeit nominal erhöht, der gesteigerten Geldentwertung angepaßt werden muß.

Eine tarifliche Regelung liegt sowohl im Interesse des Handwerks, wie in dem der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften müssen unter allen Umständen verhüten, daß die allzu billigen Arbeitskräfte der Lehrlinge den Meistern einen Anreiz bieten, nur Lehrlinge, anstatt Gehilfen zu beschäftigen. Aber auch der ankündigende Teil der Handwerksmeister hat einen Anspruch darauf, mit den übrigen nicht auf gleiche Stufe gestellt zu werden. Verschiedene Handwerkergruppen bekämpfen die Behörden geradezu mit Klagen über Mangel an Lehrlingen und fordern Abhilfe. Am liebsten wäre ihnen die Auslieferung der Waisenfinder. Bei den Praktiken der Handwerksmeister ist es heute vielen Eltern einfach unmöglich, ihre Söhne auf drei oder vier Jahre in die Lehre zu geben, sie ohne jede nennenswerte Beihilfe zu ernähren und zu kleiden, nur damit das „Handwerk“ billige Arbeitskräfte hat.

Die Frage der Lehrlingsentschädigung muß notwendigerweise im Zusammenhang mit all den Fragen betrachtet werden, die die ganze veraltete Verfassung des Lehrlingswesens aufgeworfen hat. Krampfhaft klammert man sich an den Begriff des Lehrlingsverhältnisses als „Ergänzungsverhältnis“, um so gegen alle Einwendungen geschützt zu sein. Der Lehrling sei kein Arbeiter, sein Arbeitsverhältnis ein Ergänzungsverhältnis, in das niemand außer den unmittelbaren beteiligten Eltern und Handwerksmeistern hineinzureden habe. Ein geradezu typischer Fall wird jetzt dazu benutzt, um zu zeigen, daß die Regelung der Lehrlingsentschädigung durch Tarifvertrag gesetzlich unzulässig sei.

Im Januar 1919 wurde mit einem Bäckermeister ein Lehrvertrag abgeschlossen, mit einer Lehrzeit vom 15. März 1918 bis zum 15. März 1921. Vereinbart war für das erste Lehrjahr ein Wochenlohn von 1 Mark, für das zweite Lehrjahr ein solcher von 2 Mark und für das dritte Lehrjahr ein solcher von 4 Mark. Unter Berufung auf einen für allgemeinverbindlich erklärten Nachtrag vom 9. Dezember 1919 zu einem Tarifvertrag für das Bäckergewerbe, wonach für Bäckerlehrlinge ein Wochenlohn von 10 Mark im zweiten Lehrjahre und von 15 Mark im dritten Lehrjahre festgesetzt wurde, forderten die Eltern des Lehrlings die Nachzahlung der Differenz zwischen der tariflichen Entschädigung und der im Lehrvertrag vereinbarten. Die Punkt nahm sich dieses Falles an, und es ist ihr gelungen, eine letztinstanzliche Ent-

Aus aller Welt

Gesangsverein „Liedertafel“, Ohra.
Sonntag, den 11.: Ausflug nach Pieskendorf—Matem-
blewo. Abmarsch 7 Uhr morgens vom Hofe „Zur St-
bahr“, Ohra. Freunde und Gönner des Vereins sind
sehr geizig.

Danziger Nachrichten.

Eine Verdoppelung der Krankenhauskosten

wird vom Senat bei der Stadtverordnetenversammlung beantragt. Die täglichen Aus- und Verpflegungskosten sollen um 100 Prozent erhöht und wie folgt festgesetzt werden: 1. Klasse: Einheimische 200 Mk., Auswärtige 300 Mk.; 2. Klasse: Einheimische 120 Mk., Auswärtige 175 Mk.; 3. Klasse: Einheimische Selbstzahler 60 Mk., einheimische Kinder 25 Mk. (früher 10 Mk.), auswärtige Selbstzahler 100 Mk., auswärtige Kinder 45 Mk., Berufsausgeschiedenen usw. 100 Mk., die ständige Krankenpfleger 60 Mk., Städt. Wundarztamt für Erwachsene 80 Mk., für Kinder 25 Mk., Gesundheitsamt 100 Mk. Die Kosten für Wäcker usw. werden ebenfalls verdoppelt. Bemerkenswert ist dabei die starke Steigerung der Verpflegungskosten für Kinder von 10 auf 25 Mk.

In der Begründung der Vorlage durch den Senat wird ausgeführt, daß bei der Vertheilung der zurzeit geltenden Ratskassen im Rechnungsjahr 1922 ein Zuschuß von 19,8 Millionen Mark notwendig werde. Die zurzeit geltenden Ratskassen stünden in keinem Verhältnis zu den Selbstkosten des Krankenhauses, die sich zurzeit in der 1. Klasse auf 108,80 Mk., in der 2. Klasse auf 145,95 Mk. und in der 3. Klasse auf 112,80 Mk. für den Kopf- und Verpflegungstag belaufen. Durch die vorgeschlagene Erhöhung der Sätze würde sich eine Mehreinnahme von 6,4 Millionen Mark ergeben. Der Zuschuß würde dann etwa 12,9 Millionen Mark betragen.

Weiter verlangt der Senat die Ermächtigung, die Krankenhauskassen allmonatlich nach der Feuerungsart festsetzen zu können. Die eingingen genannten Kassen sollen als Grundbeträge gelten. Allmonatlich sollen dann die Feuerungsarten für die im Krankenhaus vorwiegend gebrauchten Lebensbedürfnisse (kurzzeit Kosten, Lebensmittel, Textilwaren, Arznei- und Verbandsmittel) festgestellt und danach die Krankenhauskassen festgesetzt werden.

Säumige Arbeitgeber.

Die Unterlassung der Anmeldung der Fortbildungsschulpflichtigen.

Im Anzeigenteil unserer Zeitung weist der Senat auf die Ortssatzungen für die Handwerker- und Fortbildungsschule für männliche und weibliche Personen) und damit auf die für die Arbeitgeber bestehende Verpflichtung zur Anmeldung der fortbildungsschulpflichtigen männlichen und weiblichen Jugend innerhalb 8 Tagen hin. Von der Schulpflichtung werden wir gebeten, darauf hinzuweisen, daß gegenüber dieser Verpflichtung bei zahlreichen Arbeitgebern eine gewisse Gleichgültigkeit besteht. Wenn derartige Unterlassungen nach Monaten aufgedeckt werden, wird namentlich von den vielen neuen Firmen am Orte Unkenntnis des Gesetzes vorgeschützt; insbesondere wird auch darauf hingewiesen, daß es sich um keinen Verhelfer, sondern um einen Lauf- oder Arbeitsburschen handelt. Man sucht sich ferner damit zu entschuldigen, daß die jungen Leute nur auf Probe oder zur Mithilfe angenommen seien oder daß sie schon von andern Arbeitgebern beschäftigt wurden und darum auch schon angemeldet sein müßten; oder es wird die Schuld auf die schulpflichtigen Jungen und Mädchen geschoben, die sich nicht angemeldet haben, trotzdem sie den Auftrag dazu hatten. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß nach den Vorschriften des Gesetzes und Entscheidungen höchster Gerichtshöfe die Schulpflicht auch besteht, wenn die Annahme nur auf Probe oder zur Mithilfe erfolgte. Die Anmeldung muß erfolgen, gleichviel, ob es sich um einen Verhelfer oder um einen Lauf- oder Arbeitsburschen handelt. Sodann besteht die Verpflichtung zur Anmeldung für jeden Arbeitgeber. Selbstverständlich kann er die schulpflichtigen jungen Leute damit beauftragen, jedoch muß er sich dann auch vergewissern, ob die Anmeldung auch tatsächlich gemacht wurde. Die Vorbrücke liefern dazu eine sehr bequeme Handhabe. Andere Arbeitgeber ent-

Schlupfvorstellung der Freien Volksbühne.

Max Halbe: Der Strom.

Es war ein würdiger Ausgang der ersten Spielzeit unserer Volksbühne. Mit dem großen Norwegers „Stücken der Vesselfahrt“ hatte sie ihre Mission begonnen. Dieses Stück, das schonungslos die Fäulnis der bürgerlichen Gesellschaft aufdeckt, war die eine Programmside. Die Kunst soll auch eine Fackel sein, die die Köpfe erleuchtet. Aber sie darf nicht in einer Form und in einem Ziel erstarren. Deshalb hatte die Rettung der Volksbühne zum Ausgang der Spielzeit Halbes „Strom“ gewählt, ein Drama, das die Liebe zur Heimat, zu unserer Heimat predigt.

Heimat ist nicht immer reine Kunst: Häufig wird die innere Leere mit tönenden Heimatworten überfüllt. Aber wir an der Mündung der Weichsel können uns glücklich preisen, daß unserer Heimat ein Max Halbe entspross, der ein wahrer Dichter ist.

Rebakteur Brödersdorff wies einleitend in feinsinnigen Worten auf die Bedeutung Halbes hin und gab eine kurze Charakteristik des Stückes. Dann rauchte der Strom und das Schicksal der Menschen, die an ihm leben und von ihm abhängen, vorüber. Ich glaube, noch kein Werk in dieser Spielzeit packte die Volksbühnengemeinde bis ins tiefste Innere wie dieses.

Trotzdem die Besetzung der Rollen nicht ganz glücklich war. Arthur Hermanns Deichhauptmann war mehr ein karrikaturhafter Reservist als ein werderischer Bauernhütel. Für den Strombauern hätte Ferdinand Neuert, der ein angenehmer Sprecher ist, in einer eindrucksvolleren Rolle geben sollen. Prächtig war Lothar Böhning als der englische Bräutigam Jacob Doorn. Dora Otkenburg ist anscheinend an einer leichten Indisposition. Ihre Melodie aber war eine heile, leidende und glückliche Melodie. Ein kleines Kabinettstück lebenswahrer Darstellung ist Fanny von Weber als die alte Doorn. Die beste Leistung des Abends schuf Carl Brückel, als der alte Feinhold Ulrich. Schon seine Maske war von verblüffender Lebensgeheimnis. Und seine Worte wie sein Spiel schufen

(Schulden) sich damit, daß sie glauben, die Schüler (Schülerinnen) wären nicht zum Schulbesuch verpflichtet, weil sie die Mittelschule durchgemacht hätten oder bis zur Untersekunda der höheren Schule gekommen wären. Demgegenüber muß betont werden, daß vom Besuche einer Berufsschule und Fachschule auch nicht einmal das frühere „Einjährig-Freiwilligen-Bezugs“ befreit. Nur bei bestimmten Voraussetzungen, über die die Ortssatzungen nähere Bestimmungen enthalten, können vom Fortbildungsschulbesuch befreit werden.

Polnische Freistaat-Sorgen.

Die polnische Fraktion des Volkstages hat folgende große Anfrage eingereicht:

In Nr. 127 der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ vom 1. Juni d. J. wird mitgeteilt, daß der Vizepräsident des Danziger Senats in einer öffentlichen Ansprache vor dem Rathause in Marienburg dem Feldmarschall Hindenburg gegenüber unter anderem zum Schluß folgende Worte gesagt hat: „Wir warten auf den Augenblick, wo wir wieder zu unserem Vaterlande gehören werden. Das Em. Excellenz zu sagen, ist der Grund, der uns hierherführt.“

Der Senat wird um Auskunft ersucht:

1. ob diese Worte tatsächlich gesprochen worden sind,
2. ob dieses mit Billigung des Senats geschehen ist,
3. welche Schritte der Senat diesem gegenüber auf Umkehr der Danziger Verfassung abzielenden Vorgehens eines seiner Mitglieder zu tun gedenkt?

Dr. Paneczi,

und die übrigen Mitglieder der Poln. Fraktion.

Wenn wir auch die Beteiligung des Danziger Senats an dem Hindenburg-Rummel entschieden verurteilen, so muß es doch eigenartig anmuten, daß sich die Polen plötzlich als Schlichter der Selbstständigkeit Danzigs aufspielen. Sie, die jeden Tag darauf hinarbeiten, den Freistaat vollkommen in ihre Gewalt zu kriegen, haben am allerwenigsten Ursache, sich über diese Ausrufung des Senats aufzuregen. Wenn er auch in seiner Amtsführung sich einer solchen Propaganda unbedingt enthalten muß und wir seine Ansprache in keiner Weise billigen, so sollten doch auch die Polen endlich einsehen, daß der weitaus größte Teil der Bevölkerung Danzigs sein Streben auf Wiederaufschluß an Deutschland nicht aufgeben wird. Der Senat muß aber in Zukunft trotzdem streng darauf halten, daß seine Mitglieder durch unangebrachte Demonstrationen nicht unnötigerweise die politische Entwicklung des Freistaates stören und fortlaufend neue Komplikationen schaffen.

Eine Stadterordneten-Sitzung

findet am Dienstag, den 18. Juni, nachmittags 4 Uhr, im Rathause statt. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung steht u. a.: Verwaltungsbericht des Schlachthof- und Viehhofes für 1914/15. Schreiben des Senats, betr. Fortführung der Verwaltung der Stadtgemeinde. Wahl von Bezirks- und Armenvorstehern und für verschiedene Verwaltungskommissionen. Entlastung verschiedener Jahresrechnungen. Erste und zweite Lesung des Haushaltsplanes der Sparkasse der Stadt Danzig für 1922. Erhöhung der Aus- und Verpflegungskosten im städtischen Krankenhaus. Nachtrag zum Ortstatut über die Reinigung öffentlicher Wege und Plätze und Bewilligung von Mitteln zur Beschaffung von Reinigungsgeräten. Verpflanzung des Gehölzes am Neugartener Tor. Antrag von Stadterordneten betreffend das Schlachthofbrüderhaus-Grundstück. Verhelferentlastung und Anträge des Petitions-(Eingaben-) Ausschusses. — Anschließend geheime Sitzung.

einen Alten, wie er in unserem Werder lebt und lebt. Die Spielzeit hatte Hermann Merz.

Noch ein Wort an einen Teil unseres Volksbühnenpublikums. Ein Drama ist kein Lustspiel, und wenn der Dichter in der ersten Stimmung des Stückes auch einige heitere Lichter aufsteckt, so sollen sie aber das Publikum durchaus nicht zu dröhnenden Lachsalven veranlassen. Lautes Lachen ist in einem ernstem Stück nie angebracht. Dafür gibt es Lustspiele. E. L.

Der Trompeter von Säckingen.

Danziger Stadttheater.

Das Geschäftstheater, also ein Unternehmen wie das unsere, hat, zumal an schönen Sommerabenden, nur das eine Ziel, um jeden Preis das Haus zu füllen. Künstlerische Prinzipien kommen in allererster Linie in Frage. Und so wenig man dagegen einwenden kann, wenn zu solchen Zeiten das sentimentale Studentenstück „Mittelberg“ steigt, wird auch gegen das Pandantstück mit Musik, „Der Trompeter von Säckingen“, ankämpfen können. Die Kalkulation der Theaterleitung mit dem schlechten Geschmack des Publikums ist richtig. Unsäglich selbst zu urteilen, nimmt es solchen Quark mit Hochgenuss hin und freut sich um so mehr, je dicker es kommt. Und das Theater war voll.

Diese Liebe mit Trompetenblasen hat mit Kunst auch nicht das mindeste zu tun, und selbst ein Mensch von nur leiblichem Geschmac hält das eben gerade eine Runde aus. Aber unsere Sänger können einem von Herzen leid tun, daß sie Kraft und ihre zum Teil schönen Mittel an eine solche Scharte werfen müssen, und sie allein machen das Ganze erträglich. Voran Meina Bachhaus, die fast mit jedem Male schöner singt. Auch Alice v. d. Linden, Ernst Claus, Friedrich Schrader, Mich. Lubewitz und Georg Harber sangen sich opferfreudig oder gern durch diese Musik hindurch, die Kapellmeister Walter so behandelte, wie sie es verdient: als lyrischen Feiertagen. Und Julius Brischke klebt hunte Bilderbogen, an denen die Kinder ihre Freude haben konnten. W. D.

Wachstuden-Geheimnisse.

Zu den immer wieder auslaufenden Geschichten über rigorose Behandlung Schüler auf den Polizeischulen lieferte eine dieser Tage vor dem Schöffengericht stehende Verhandlung einen neuen Fall. Ein Handlungsgehilfe war wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt angeklagt. Er war etwas angetrunken und wurde auf der Straße festgenommen und nach der Polizeiwache gebracht. Hier sprach er bei seiner Vernehmung dazwischen und ein Oberwachmeister erhielt den Auftrag, den festgenommenen in ein leeres Zimmer zu führen, was denn auch geschah. Über den Vorgang im Zimmer gehen die Angaben der Angeklagten und des Polizeibeamten auseinander. Der Angeklagte erklärt, er habe den Beamten in dem Zimmer gefragt, was soll ich denn hier? Darauf habe der Beamte gesagt: Das werde ich Dir gleich zeigen und ihm einige Schläge mit der Faust gegeben. Der Polizeibeamte bekundete als Zeuge, der Angeklagte habe in dem Zimmer gesagt: Was soll ich hier? Lassen Sie mich los. Und dann habe der Angeklagte auf den Beamten losgeschlagen. Beide erklären, sie wären angegriffen worden und hätten sich dann nur zur Wehr gesetzt. Das Gericht glaubte der eideschwurigen Aussage des Beamten und erkannte auf 300 Mark Geldstrafe. Die Vorgänge erscheinen nach den gegenseitigen Aussagen zum mindesten recht eigenartig. Nach den bisher gesammelten Erfahrungen muß man annehmen, daß es sich auch in diesem Falle selber wieder um einen Zusammenstoß handelt, der sich bei ruhiger Zurückhaltung, die man besonders von den Schutzbeamten verlangen muß, hätte vermeiden lassen. Die Polizeibeamten sollten in ihrem eigenen Interesse darauf sehen, ihren Verkehr mit dem Publikum möglichst reibungslos abzuwickeln. Die Elemente aber, die glauben, bei jeder Gelegenheit ihre rohen Kräfte spielen lassen zu müssen, sollten endlich radikallos aus dem Polizeikörper entfernt werden. Auf der Wache befinden sich meistens genügend Beamte, um mit zerknüllten Verwundeten in Ruhe fertig zu werden. Das rohe Spielzeug selbst bei sogenannten Angeklagten, muß endlich einmal aufhören.

Die Aufhebung des Schlafwagenverkehrs zwischen Danzig und Berlin soll, wie mitgeteilt wird, von der polnischen Eisenbahnverwaltung beabsichtigt sein. Die Handelskammer hat sich in einer Eingabe an den Danziger Delegierten bei der polnischen Eisenbahnverwaltung gegen die Einstellung des Schlafwagenbetriebes gewandt. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß die Einstellung des Schlafwagenbetriebes eine schwere Benachteiligung der Danziger wirtschaftlichen Interessen darstellt, für die auch nicht der geringste Grund vorliegen dürfte. Die Schlafwagen sind auf Befehl und infolgedessen dürfen Rentabilitätsgründe seitens der Eisenbahn nicht vorliegen. Die Handelskammer hält es im wirtschaftlichen Interesse für unbedingt notwendig, daß der Schlafwagenverkehr zwischen derartig wichtigen wirtschaftlichen Verkehrszentren, wie Danzig und Berlin, unbedingt aufrecht erhalten bleibt. Die Fortsetzung des Schlafwagenbetriebes liege auch im Interesse der polnischen wirtschaftlichen Kreise.

Als Armenkommissionsvorsteher wurden der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen: Apotheker Alfred Klehner, Schiffeldamm 68, Drogeriebesitzer Bruno Jasel, Junkergasse 12, Frau Johanna Fornell, Langfuhr, Hauptstraße 44. Zu Armenpflegern werden vorgeschlagen: Kaufmann Albert Graf, Laternengasse 1, Lehrer Paul Tempin, Junkergasse 2, Schuhmachermeister Franz Gutmann, Schiffeldamm Nr. 50, Frau Ida Neumann, Schiffeldamm 18, Frau Marie Andres, Schiffeldamm 36. Zur Wahl als Bezirksvorsteher werden dem Senat empfohlen: Kaufmann Fritz Werner, Am Seegele 14, Tapezierermeister Anton Busse, Fleischerstraße 77, Rektor Robert Rakowski, Langfuhr, Kirchenerweg 107.

Schulvorstandswahlen. Zu Mitgliedern des Schulvorstandes der Bezirksschule Hakenwerk werden der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen: der Gutmacher Paul Mäurer, Rittergasse 21, und Polizeibetriebsassistent Albert Marx, Schiff 9. Als Mitglied des Schulvorstandes der Bezirksschule Weichselmünde wird der Schiffszimmerer John Schand, Festungsstraße 49, vorgeschlagen.

An Erwerbslosenunterstützung wurden in der Woche vom 28. Mai bis 3. Juni in der Stadtgemeinde Danzig einschl. der Gemeinden Ohra und Gmünd 49 758,13 Mark an 371 Personen gezahlt, gegenüber 49 574,68 Mark an 410 Personen in der Vorwoche.

Feuer auf der Schiffbauwerft. Aus bisher unbekannter Ursache entstand gestern Abend gegen 7 Uhr auf der Schiffbauwerft im Lustschacht der sogenannten neuen Kupferhütte Feuer. Die Hauptfeuerwache rückte mit zwei Löschzügen nach der Brandstelle aus. Der Schacht wurde vollkommen zerstört. Die Feuerwehr beschränkte ihre Tätigkeit in erster Linie darauf, ein Umsichgreifen des Feuers zu verhindern. Nach etwa einstündiger Tätigkeit konnte ein Zug der Feuerwehr wieder abziehen. Der zweite Zug blieb als Feuerwache zurück. Der Betrieb der Werft erleidet keine Störung.

Festgenommener Kirchendieb. Am Mittwoch wurde ein entwichener Strafgefangener Wilhelm Dose von Beamten der Schutzpolizei festgenommen. L., der in Neugard eine Gefängnisstrafe zu verbüßen hat, war zu Arbeitszwecken auf das Gut Hindenburg bei Gollnow geschickt worden. Hier entwich er und trieb sich bettelnd in Pommern und Pommerellen umher. In Pommerellen verübte er einen Kirchendiebstahl, bei welchem ihm 1 Teppich, 1 Altardecke, 2 Zinnleuchter, 2 Messingleuchter, 1 Zinnenpfeife aus Zinn und Teile von Ritzleuchtern im Gesamtwert von 50 000 Mark in die Hände fielen. Seine Festnahme erfolgte in dem Augenblick, als er sich anschickte, die gestohlenen Gegenstände zu veräußern.

Standesamt vom 9. Juni 1922.

Todesfälle. Rentier Hermann Esch, 70 J. 5 Mon. — Frau Maria Salowski geb. Weichsel, 33 J. 10 Mon. — Kriegsinvalid David Wolf, 35 J. 6 Mon. — Frau Verika Wiegand geb. Grabowski, 29 J. — Arbeiter Otto Kraske, 22 J. 8 Mon. — Unschel, 1 J.

Schleppdampfer „Weichsel“ verunglückt.

Der Schleppdampfer „Weichsel“ verunglückt.

Gestern morgen 8 Uhr geriet der Schleppdampfer „Weichsel“ beim Einholen des Dampfers „Polonia“, der von Elbau mit Passagieren und Gütern kam, vor den Bug des Dampfers und wurde seitwärts geworfen. Schornstein und Mast der „Weichsel“ lagen fast auf der Oberfläche des Wassers. Das Schiff lag voll Wasser. Als die Maschine der „Polonia“ rückwärts arbeitete, richtete sich die „Weichsel“ wieder auf, sank jedoch sofort. Von der sechs Mann starken Besatzung sprangen vier Mann ins Wasser und wurden von dem Dampfer „Polonia“ gerettet. Ein Schiffsbrüchler klammerte sich an die Schlepptrasse der „Polonia“ und kletterte an Bord. Der Schleppdampfer „Weichsel“ und sein Besatzungsmitglied sind mit dem Schlepper untergegangen. Das verunglückte Schiff liegt etwa 500 bis 600 Meter südlich der Gaskendüne, Schornstein und Mast ragen aus dem Wasser. Der Schlepper soll wieder gehoben werden. Der verunglückte Schleppdampfer hinterläßt Frau und Kinder.

Polizeibericht vom 9. Juni 1922. Festgenommen 25 Personen, darunter 10 wegen Diebstahls, 2 wegen Verdachts des Straßenraubs, 1 wegen großen Unfugs, 2 zur Festnahme ausgegeben, 8 in Polizeigewalt, 2 obdachlose Personen. — Wesun-

dem: 2 Schlägel am Goldschloß, 1 Paar Manschettenknöpfe, abgehoben aus dem Fundbüro des Polizeipräsidiums, gold. Trauring, ges. M. N. und Datum, abgehoben von Herrn Wachtmeister Strohle, 4. Hundertacht der Schupo. — Verloren: Schwarze Handtasche, enthaltend 2 Portemonnaies mit Geld, 100 u. 500 M. für Lehrerin Martha Groß, gold. altertümliche Damenuhr mit blauen Ziffern versehen, abgehoben im Fundbüro des Polizeipräsidiums.

Sport und Körperpflege.

Deutschnationale Gehe.

Au dem ersten Bundesfest des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Leipzig haben eine große Anzahl ausländischer Arbeiterportier ihre Teilnahme ausgedrückt. So kommen diese in großer Anzahl aus Frankreich, Belgien, Italien, der Schweiz, aus den Nordländern, und ganz besonders aus der Tschechoslowakei. Sie alle wollen den Gedanken der Völkerverständigung und Völkerverbrüderung in die Tat umsetzen, und die deutschen Arbeiterportier wollen ihren ausländischen Brüdern beweisen, daß sie uns liebe Gäste sind. Die deutschnationale „Leipziger Abendpost“ hebt nun die Leipziger Bevölkerung in glühender Weise gegen die Ausländer auf und fordert, daß ihnen Gastfreundschaft und Unterkunft verweigert wird. Die Leipziger Arbeitererschaft wird nun erst recht dafür sorgen, daß die ausländischen Arbeiter ein gutes Gedächtnis an Leipzig mit in ihre Heimat nehmen.

BORG



Wasserstandsberichte am 9. Juni 1922.

	7.6.	8.6.			
Zowisch	+ 0,86	+ 0,89	Kurzebrack	+ 0,61	+ 0,56
Warshau	+ 0,88	+ 0,88	Montauspitz	+ 0,07	+ 0,04
Plock	+ 0,82	+ 0,82	Pleske	+ 0,16	+ 0,14
Thorn	+ 0,27	+ 0,25	Dirschau	+ 0,04	+ 0,08
Jordan	+ 0,14	+ 0,12	Einlage	+ 2,28	+ 2,24
Culm	+ 0,05	+ 0,01	Schleusenort	+ 2,56	+ 2,48
Brandenburg	+ 0,22	+ 0,17	Regat:		
			Schönan O. P.	+ 6,65	+ 6,64
			Galgenberg O. P.	+ 4,46	+ 4,46
			Neuborkeburg	+ 2,02	+ 2,02
			Anwachs	+ 1,22	+ 1,22

Verantwortlich für Politik Ernst Soops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für Inserate Bruno West in Oliva. — Druck von J. Gehl u. Co., Danzig.

Amliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Nach den Ortsstatuten vom 30. März 1921 und 28. März 1922 sind die im Gemeindebezirk Danzig in Handel und Gewerbe beschäftigten männlichen und weiblichen Personen unter 18 Jahren verpflichtet, die Städtische Handwerker- und Fortbildungsschule an den vom Senat festgesetzten Tagen und Stunden zu besuchen. Es handelt sich nicht nur um gewerbliche und kaufmännische Lehrlinge beiderlei Geschlechts, sondern auch um Lauf- und Arbeitsburschen, um Hausdiener und Pagen, die im Gewerbebetrieb tätig sind, um Arbeits- und Laufmädchen, Fabrikarbeiterinnen, Verkäuferinnen, Kontoristinnen, Gehilfinnen und Beihilfen.

Die Verpflichtung zum Besuche besteht auch bei Annahme auf Probe, Aushilfe und ferner für die Zeit der Arbeitslosigkeit. Das frühere Zeugnis vom einjährigfreiwilligen Militärdienst befreit nicht vom Schulbesuche, auch nicht die etwaige Entlassung, daß der gewerbliche Arbeiter (Arbeiterin) noch nicht 14 Jahre alt ist oder zum Konfirmationsunterricht geht.

Die Arbeitgeber haben jede von ihnen beschäftigte fortbildungspflichtige Person spätestens innerhalb einer Woche nach Annahme zum Eintritt in die Schule anzumelden. Zuwiderhandlungen werden nach § 150 Ziffer 4 der Reichsgewerbeordnung mit Geldstrafe bis zu 20 Mark oder im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen für jeden Fall bestraft. Anmeldungen werden an den Werktagen vormittags von 9-11 Uhr und nachmittags von 4-7 Uhr im Geschäftszimmer der Schule, an der großen Mühle 11 1/2, entgegengenommen. Sie erfolgen am besten schriftlich unter Benutzung der Vor- drucke, die unentgeltlich in der Geschäftsstelle verabfolgt werden; hier kann auch der Stundenplan eingesehen werden; er wird außerdem den Arbeitgebern durch Zustellung der Aufnahme- karte für jeden Schüler mitgeteilt.

Danzig, im Mai 1922. Der Senat. (6746) Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Freitag, den 9. Juni, abends 7 Uhr: Dauerkarten D 2.

Gastspiel Wilm Hartmann vom Stadttheater in Greifswald:

Das Dreimäderlhaus

Singpiel in 3 Akten von Dr. H. M. Müller und Heinz Reichert. Musik von Franz Schubert. In Szene gesetzt von Erich Sternbach. Musikalische Leitung: Ludwig Schiefl. Inspekt.: Emil Werner. Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr. Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2. „Die Mitter.“ Schauspiel in 4 Aufzügen.

Wilhelm-Theater

Langgarten 31.

Heute, Freitag, den 9. Juni, Anfang 8 Uhr

Prinzessin Olala

Operette in 3 Akten. Musik von Jean Gilbert.

Morgen, Sonnabend, den 10. Juni: Zum letzten Male:

„Prinzessin Olala“

Sonntag, den 11. Juni:

„Schöne dich Lotte“

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freytag, Kohlenmarkt, von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 11 bis 1 Uhr an der Theaterkasse. (6627)

„Libelle“

Musik, Gesang, Tanz.

Sommer-Varieté

Wintergarten

Am Olivaer Tor Nr. 10.

Dir.: Frau E. v. Stamaty. Tel. 1925. Kapellmstr.: Hans Eldhorn. Anfang 8 Uhr.

Das Schlager-Programm! 10 erstklassige Attraktionen! Preise der Plätze von 5 Mk. an.

Gastspiel Henrik Gautier

der beliebte schwedische Schauspieler auf seinem Vollblut „Admiral“ aus dem Gestalt des Graen Battiani.

Zielerdorf Uptal Das Unikum.

4 Eltners, eleganter akrobat. Drahtseil-Akt v. Wintergarten Berlin. Regia, das musikalische Wunder.

Ab 10 Uhr in dem neueröffneten japanischen Saal

Kabarett-Vorstellung

mit neu eingetroffenen Kunstkräften u. dem beliebten Rudi Ziegler

Jazz-Band-Trio: Eichhorn, Petersburski, Müller

Likörstube — Warme Küche — Diele. (6745)

Serren-Garderoben

aller Art. Mäßige Preise, moderne Ausführung, saub. Arbeit. Abramowski, Schneidmstr., Schmiede- gasse 18. (t)

Verlässliche Handwerker- und Schneidmstr. und and. Handwerker verkäuf. Häkergasse 4, 2 Tr. rechts. Eingang Pflasterergasse.

Buglappen

kauft Danziger Seltstimm, Am Spandhaus 8.

Stenographie

Eingelunterrichtet Tages- u. Abendkurse Otto Siede, Naugarten 11

Tausche meine Wohnung Stube, Kabinett, Küche und Zubehör geg. eine solche in Danzig. Heinrich, Langjahr, Mischauer Weg 41, ptr. Besicht. nachmittags. (t)

Odeon Eden

Dominikswall Holzmarkt

Der vollständig neue Spielplan!!! Fortsetzung des großen Sittenklimas

Das Kind der Straße

II. und letzter Teil.

Ein Spiegelbild menschlicher Entgleisungen in 6 lebenswahren Akten.

In den Hauptrollen: EDITH POSCA

Margarethe Kupfer — Leonhard Haskel

Ein Sittengemälde, köhn im Aufbau, voll Spannung mit Tendenzen der Gegenwart, Szenen, in denen Leidenschaft auf Leidenschaft prallt. (6744)

Die Flucht des Patrick Power!

Detectiv-Drama in 5 Akten.

Hauptdarsteller: Oskar Delmor

Irene Marga, Ludwig Körner

Wir bitten möglichst um den Besuch der 4 Uhr-Nachmittagsvorstellungen.

Große Pferde-Rennen bei Danzig-Zoppot

Am Sonntag, den 11. Juni cr. Gesamtsumme der Preise 171500 Mk.

Beginn der Rennen 2 1/2 Uhr 8 Ehrenpreise, 106 Nennungen

Danziger Reiter-Verein. (6736)

Lichtbild-Theater Langenmarkt Nr. 2

Vom 9. bis 15. Juni:

Das Drama von Belgrad „Königin Draga“

Der Roman einer Königin.

Ferner: (6743)

Das Geheimnis der 7 Ringe

Sensations-Abenteuerfilm mit

Sylvester Schaffer



Heute Das bedeutendste Filmwerk von Ernst Lubitsch

Das Weib des Pharao

Ein Drama in 6 großen Akten Hauptdarsteller die hervorragendsten und beliebtesten Schauspieler der Filmkunst:

Harry Liedtke — Emil Jannings Dagny Servaes — Paul Wegener Lyda Salmonova — Rih. Bassermann

Eines der prächtigsten Filmwerke dieses Jahres. Reich illustrierte Broschüren sind an der Tages- kasse u. bei den Platzanweiserinnen erhältlich.

Großes Orchester 20 Mann Besetzung

unter Leitung d. Kapellmeisters Arthur Camper

Musik von Eduard Künneke

Vorverkauf täglich vorm. von 11 bis 1 Uhr

Vorführung 4-6-8 Uhr

Genosse sucht freundlich möbliertes

Zimmer

bei gleichgefinntem, älterem Ehepaar möglichst zum 15 Juni. Offert. unter F. E. an die Exped. d. 3tg

Hüte

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit

umgepreßt, gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle nur Lawendelgasse Nr. 6-7. (gegenüber der Markthalle). (t/m)

Waschtisch mit Marmorplatte zu ver- kaufen. Zainowski, Breitgasse 43. (t)

Ein Paar hohe Damenstiefel zu verkaufen. Hühner, Jopengasse 6, 2 Tr. r.

Grammophon mit Platten gegen Fahrrad zu vertauschen. Offerten unt. L. S. an die Exped. dieser Zeitung. (t)

Aufwärterin für den halben Tag (vorm.) gesucht. Brotanhangasse 32, 1 Tr. (t)

Trotz dauernder Preissteigerung biete ich in billigen Verkaufstagen zu alt bekannt billigen Preisen räumungshalber folgende Waren an:

10 Herren-Anzüge 850.-, 975.-, 1200.-, 1400.- u. höher 10 Raglans 1250.-, 1400.-, 1500.- 10 Rosen 150.-, 200.-, 250.-, 300.- 10 Manchester- und feldgraue Anzüge und Hosen. 10 Jünglings- und Knaben-Anzüge. Leinen-Joppen. Bevor Sie Ihren Bedarf decken, überführen Sie sich von den billigen Preisen in

Stein's Konfektions-Haus

nur 21 Häkergasse 21. Bitte genau auf Namen und Hausnummer zu achten. (6725)